Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3579
26. 01. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 31. Januar 1996

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Hans Büttner (Ingolstadt)
(SPD)

Ist es nach Ansicht der Bundesregierung nach der Tarifordnung Elektrizität rechtlich zulässig, daß Stromversorgungsunternehmen für Privatkunden, die in ihrem Haushalt zu Pflegende der Pflegestufe III (Pflege-Versicherungsgesetz) betreuen und aufgrund des dadurch bedingten Einsatzes elektrischer Hilfsmittel (elektrische Rollstühle, Hebegeräte etc.) einen weit über dem Durchschnitt vergleichbarer Haushalte liegenden Stromverbrauch haben, Sondertarife gewähren können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, was die vom Bundesrat erbetene Prüfung der Grundwassergefährdung durch die Anwendung von Unkrautbekämpfungsmitteln mit dem Wirkstoff Diuron auf Gleisanlagen und auf sonstigen öffentlichen Verkehrsflächen ergeben hat, und zu welchen Ergebnissen kommt das von der Deutschen Bahn AG in Auftrag gegebene Fresenius-Gutachten in bezug auf die weitere Anwendung von Diuron auf Gleisanlagen und Betriebsflächen der Deutschen Bahn AG?

3. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welchen Einfluß die vielfältigen Funde von Diuron im oberflächennahen Grundwasser auf die bis Ende Februar anstehenden Entscheidungen der Biologischen Bundesanstalt über die Zulassung der weiteren Anwendung von Diuron auf privaten, öffentlichen und nicht landwirtschaftlich genutzten Freiflächen haben, und in welchen Fällen gibt es Ausnahmegenehmigungen der zuständigen Landesbehörden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

4. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Angaben dazu machen, wie hoch die freigewordenen personellen Kapazitäten bei den Arbeitsämtern sind, nachdem das Kindergeld seit dem 1. Januar 1996 in der Regel unmittelbar vom Arbeitgeber ausgezahlt wird?

5. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Falls personelle Kapazitäten bei den Arbeitsämtern freigeworden sind, wie und wo werden diese Beschäftigten in Zukunft eingesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Hält die Bundesregierung an ihrer Auffassung fest, daß für die Bundeswehr als erste Armee eines demokratischen Deutschlands die Wehrmacht des Dritten Reiches und deren Offiziere per se nicht traditionsbildend sein können, es sei denn, einzelne Personen haben sich durch ihr Verhalten im Einsatz für Menschenrechte, Frieden und Freiheit im Sinne der entsprechenden Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (z. B. im Widerstand gegen das Naziregime) ausgezeichnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

7. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Welche veterinärmedizinischen Präparate, die den Wirkstoff Chloramphenicol (CAP) enthalten, hatten nach Inkrafttreten des Anwendungsverbotes von CAP bei lebensmittelliefernden Tieren am 23. August 1994 noch eine Zulassung in der Bundesrepublik Deutschland?

8. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Auf welche Weise wurden die Hersteller der Präparate über die Rücknahme der Zulassungen durch das zuständige Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) informiert, und wann erfolgte die Zulassungsrücknahme im einzelnen bei allen im Markt befindlichen Präparaten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

9. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung nach den Gesprächen mit der amerikanischen Delegation am 18./19. Januar 1996 die technische Machbarkeit eines Hochflußreaktors wie des FRM II mit niedrig angereichertem Uran ein?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

10. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Wie bringt es die Bundesregierung mit dem Prinzip der Presse- und Meinungsfreiheit in Einklang, daß das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in einem an die in New York erscheinende deutschsprachige jüdische Zeitung „Aufbau" gerichteten Brief des Leiters der Abteilung Ausland, den kritischen Kommentar des Chefredakteurs zur Steuben-Parade in New York zum Anlaß nahm, die weitere Förderung des Blattes durch 320 Patenschaftsabonnements in Frage zu stellen, und wie beabsichtigt sie, den aus seiner Funktion aufgrund des politischen Drucks entlassenen Chefredakteur zu rehabilitieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

11. Abgeordneter **Gerd Poppe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Weise genau haben die beteiligten Bundesministerien jeweils zu der Einleitung eines Strafermittlungsverfahrens sowie zu der Frage eines Haftbefehls gegen den iranischen Minister Fallahian Stellung genommen, insbesondere auf der hierzu durchgeführten Ressortbesprechung am 19. Dezember 1995?

12. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Hat die Bundesregierung auf das Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen den iranischen Minister für Information und Sicherheit, Fallahian, und die Entscheidung, ob gegen ihn ein Haftbefehl beantragt werden soll, Einfluß genommen?

13. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Wie ist der Stand strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegen den iranischen Geheimdienstminister Fallahian, und wie bewertet die Bundesregierung diese Ermittlungen in bezug auf die deutsch-iranischen Beziehungen?

14. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Sind die Ermittlungen gegen den iranischen Geheimdienstminister Fallahian Gegenstand von Kontakten zwischen der deutschen und iranischen Regierung gewesen, und wenn ja, welchen Inhalt hatten sie?

15. Abgeordnete **Amke Dietert-Scheuer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchem Ergebnis ist inzwischen die Prüfung der Frage abgeschlossen worden, ob das Ermittlungsverfahren gegen den iranischen Minister Fallahian, auf dessen Grundlage allein ein Haftbefehl möglich wäre, im Sinne des § 153c der Strafprozeßordnung die „Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland" hervorrufen und deshalb eingestellt werden könne, und wie haben die beteiligten Bundesressorts zu dieser Frage jeweils votiert?

16. Abgeordnete **Amke Dietert-Scheuer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft die Meldung des „Tagesspiegels" vom 11. Januar 1996 zu, wonach das Auswärtige Amt zur Vermeidung eines Haftbefehls eine Verfahrenseinstellung nahegelegt habe, weil bei Erlaß eines Haftbefehls für deutsche Bürgerinnen und Bürger, die sich im Iran aufhalten, die Gefahr bestände, bei körperlichen Angriffen o. ä. nicht auf ausreichenden Schutz durch die iranische Regierung hoffen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

17. Abgeordneter **Wolfgang Schulhoff** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, nach denen der Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, die Möglichkeit bestätigt, daß die an der Währungsunion teilnehmenden Staaten ein finanz-

politisch unverantwortlich handelndes Teilnehmerland nach völkerrechtlichen Grundsätzen wieder aus der Union ausschließen können, auch wenn dies nicht im Maastricht-Vertrag vorgesehen ist?

18. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß seit Oktober letzten Jahres das Hauptzollamt Hamburg-Jonas technische Probleme bei der Abwicklung von Anträgen für Fleischausfuhren hat und trotz eines eigens dafür eingerichteten Schichtdienstes dieses Problem immer noch nicht gelöst werden konnte?

19. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß den betroffenen Exporteuren deshalb weder die bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung in Frankfurt hinterlegten Kautionen noch die entsprechenden Exporterstattungen überwiesen werden konnten, und welche kurzfristig greifenden Maßnahmen für die dadurch in Liquiditätsprobleme geratenen mittelständischen Unternehmen hat die Bundesregierung vorgesehen?

20. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (F.D.P.)

Wie haben sich die Einnahmen der Länder und ihrer Gemeinden aus Steuern und der bergrechtlichen Förderabgabe in den Jahren 1991 bis 1995 in den alten und neuen Bundesländern jeweils entwickelt?

21. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (F.D.P.)

Welche Auswirkungen hat die Einnahmeentwicklung der Länder und ihrer Gemeinden auf den Ausgleichsmechanismus des horizontalen Länderfinanzausgleichs?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

22. Abgeordnete **Jella Teuchner** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem von der PLANCO Consulting GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr erstellten ersten Teilbericht vom November 1995 zur Bewertung des Donauausbaus zwischen Straubing und Vilshofen im Hinblick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines solchen Ausbaus?

23. Abgeordnete
Jella Teuchner
(SPD)

Zu welchem Ergebnis kommt das von der Bundesregierung 1994 bei der Technischen Universität München in Auftrag gegebene Gutachten zur Beeinflussung der Hochwassersituation durch den geplanten Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen, das nach verschiedenen Berichten bereits dem Bundesministerium für Verkehr vorliegen soll?

24. Abgeordneter
Robert Leidinger
(SPD)

Zieht die Bundesregierung aus dem am 14. Dezember 1995 vom Niederösterreichischen Landtag beschlossenen Nationalparkgesetz Folgerungen für ihre Pläne zum Donauausbau, und wenn ja, welche?

25. Abgeordneter
Robert Leidinger
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung im Hinblick auf die bei einem Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen zu erreichende Tiefe, den im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten Projektes „Schnelle unkonventionelle Schiffe" entworfenen Binnenschiffstyp, der bis zu 50 40-ft.-Containertrailer aufnehmen und diese praktisch unabhängig von den Wassertiefen transportieren kann, und das zur Zeit ebenfalls mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie von der Roßlauer Schiffswerft entwikkelte besonders flachgehende Binnenschiff, das einen Konstruktionstiefgang von 1,40 m haben soll?

26. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Institut für Wasserbau und Kulturtechnik der Universität Karlsruhe einen umfassenden Auftrag über die Möglichkeiten und Grenzen flußbaulicher Ausbauverfahren für die Donau zwischen Straubing und Vilshofen zu erteilen, der nicht nur die Frage umfaßt, ob die bisher festgelegten Ausbauziele mittels flußbaulicher Verfahren erreicht werden können, sondern sich auch darauf erstreckt, welche Breite und Tiefe mittels derartiger Verfahren überhaupt erreichbar sind?

27. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)

Entspräche ein Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ohne Staustufen mit einer Tiefe von 1,85 m bzw. 1,95 m sowie einer Breite von 70 m den Empfehlungen der Internationalen Donaukommission in Budapest für die Festlegung von Fahrrinnenprofilen, wasserbautechnischen und sonstigen Kunstbauten an der Donau aus dem Jahre 1988?

28. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die möglichen Auswirkungen eines staustufengestützten Ausbaus der Donau zwischen Straubing und Vilshofen auf das Gebiet der Unteren Isar mit dem Naturschutzgebiet „Staatshaufen" angesichts der im Donauaktionsplan 1995 – 2005 (Task Force for the Environmental Programme for the Danube River Basin) eingegangenen Verpflichtung, die Auen-Ökosysteme an der Donau zu erhalten und nachhaltig zu verbessern?

29. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen zahlreicher Kommunalpolitiker und Verkehrsexperten in der Region Donau-Wald, die Deutsche Bahn AG könnte durch einen Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen zu einer weiteren Ausdünnung ihres Streckennetzes und damit zu einer weiteren Qualitätsminderung des öffentlichen Personennahverkehrs bewegt werden?

30. Abgeordneter **Horst Schmidbauer (Nürnberg)** (SPD)

Wie erklärt es sich die Bundesregierung, daß bei der Entscheidung über den Bundesverkehrswegeplan das Projekt B 2 Nürnberg-Süd (Wiener Straße bis Anschluß A 6) mit einer Baukostensumme von 80,6 Mio. DM, deren Schätzung noch aus dem Jahre 1978 stammt, veranschlagt wurde, obwohl durch die Fachbehörden vor Ort längst unabweisliche Kosten in Höhe von fast 200 Mio. DM ermittelt waren?

31. Abgeordneter **Horst Schmidbauer (Nürnberg)** (SPD)

Was wird ein Kilometer des Neubauprojekts B 2 Süd (Nürnberg/Wiener Straße zur A 6) bei einem frühesten in fünf Jahren möglichen Baubeginn und einer angenommenen Bauzeit von sechs bis zehn Jahren dann zirka im Jahre 2010 hochgerechnet kosten, und wie verhalten sich diese Kosten zu den durchschnittlichen Baukosten pro Kilometer Bundesautobahn bzw. Bundesstraße?

32. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Ist es zutreffend, daß dann, wenn die B 2 Süd (Nürnberg/Wiener Straße zur A 6) planerisch nicht als Bundesstraße, sondern entsprechend ihrem Ausbaustandard und Verbindungscharakter von der A 73 zur A 6 als Autobahn eingestuft worden wäre, planerisch korrekt ein Anteil an Lkw-Verkehr von 40 Prozent des Verkehrsaufkommens hätte zugrunde gelegt werden müssen, und welcher um wieviel DM höherer Aufwand für die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen hätte sich bei dem Projekt daraus ergeben?

33. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

In wie vielen Fällen wurde in den vergangenen 20 Jahren eine Umwidmung ausgebauter Bundesstraßen zu Bundesautobahnen vollzogen?

34. Abgeordnete **Heide Mattischeck** (SPD)

Wird die Bundesregierung trotz der unbestrittenen Schätzungen, wonach durch das Straßenbauprojekt B 2 Süd der derzeitig im Bau befindlichen S-Bahn Nürnberg — Roth ein Fahrgastpotential von bis zu 8 Prozent wieder abgezogen wird, an der Aufnahme des Straßenbauprojektes B 2 Süd in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans festhalten, und wenn ja, wie begründet sie dies unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten?

35. Abgeordnete **Heide Mattischeck** (SPD)

Ist es im Rahmen einer sparsamen Haushaltsführung verantwortbar, daß mit der B 2 Süd für ein lediglich als regionale Verbindungsstraße eingestuftes Bauprojekt im Bundesverkehrswegeplan Kosten von nahezu 200 Mio DM aufgewandt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

36. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Welche Änderungen der Richtlinie für die Mittelvergabe für Naturschutzgroßprojekte mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung plant die Bundesregierung, und wie werden sich diese insbesondere auf Schutzmaßnahmen durch Ankauf oder Pacht naturschutzrelevanter Flächen auswirken?

37. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen bei der Mittelvergabe für Großschutzprojekte insbesondere hinsichtlich des Flächenankaufs, des Abschlusses langfristiger Pachtverträge oder geleisteter Ausgleichszahlungen als flankierende Maßnahmen im Rahmen des Gewässerrandstreifenprogramms, und welche fachlichen Gründe sprechen für eine Änderung der Vergaberichtlinie?

38. Abgeordneter **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes entsprechend dem vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf, Drucksache 13/1207, zu Gebührenerhöhungen im Abwasserbereich führen wird, und wenn nein, wie beurteilt die Bundesregierung anderslautende Befürchtungen, insbesondere seitens der Städte und Gemeinden und der Kommunalen Spitzenverbände?

39. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Bestrebungen in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen, die Bundesländer oder Teile davon als „weniger empfindliche Gebiete" nach der EG-Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwasser zu definieren, um die 3. Reinigungsstufe nicht einführen zu müssen, und wann hat die Bundesregierung die EG-Kommission über die Ausweisung empfindlicher bzw. weniger empfindlicher Gebiete informiert?

40. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung darauf, daß einige Bundesländer die EG-Richtlinie über die Behandlung von kommunalen Abwassern dahingehend auslegen, daß in empfindlichen Gebieten nur der Grenzwert für Phosphor eingehalten werden muß und daher auf eine Denitrifikation durch eine 3. Reinigungsstufe verzichtet werden kann, und wie verträgt sich nach Auffassung der Bundesregierung ein entsprechendes Länderverhalten mit der Allgemeinen Rahmen-Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser der Gemeinden in Gewässer, in der für alle größeren Kommunen die 3. Reinigungsstufe vorgeschrieben ist?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

41. Abgeordneter **Benno Zierer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Meldung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch/Asia bestätigen, daß in der Volksrepublik China in Waisenhäusern Kinder systematisch getötet werden, und welche Informationen liegen ggf. der Bundesregierung hierzu im einzelnen vor?

42. Abgeordneter **Gerd Poppe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Wie erklärt sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerung des iranischen Außenministers Welajati gegenüber der Teheraner Tageszeitung „Keyhan" wenige Tage nach diesem Treffen („Der deutsche Bundesanwalt kann alles mögliche sagen. Dies wird aber von der Regierungsseite in Deutschland nicht akzeptiert"), und welche Zusagen oder Erklärungen als mögliche Grundlage dieser im Ton der Gewißheit gehaltenen Ankündigung des Ministers hat die Bundesregierung der iranischen Regierung gegenüber getroffen?*)
43. Abgeordneter **Steffen Tippach** (PDS)	Sind der Bundesregierung die Bilder bekannt, die in der Ausgabe der Wochenzeitung „The European" vom 11. bis 17. Januar 1996 veröffentlicht wurden und Mitglieder der Hakkari Bergbrigade der türkischen Armee zeigen, die vor enthaupteten Leichen kurdischer Guerilleros der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans, ARGK, mit den Köpfen der Toten in der Hand posieren?
44. Abgeordneter **Steffen Tippach** (PDS)	Hat die Bundesregierung – ähnlich wie das Europaparlament am 18. Januar 1996 – gegenüber den Verantwortlichen der türkischen Armee und der türkischen Regierung dieses barbarische Vorgehen verurteilt und Aufklärung verlangt?
45. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)	Hat jemals im Rahmen von Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion die Sowjetunion die Unumkehrbarkeit der Bodenreform in ihrer einstigen Besatzungszone SBZ/DDR zur Bedingung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung gemacht?
46. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Wann ist das Auswärtige Amt zum ersten Mal über die Verhandlungen zwischen Euratom und dem russischen Atomministerium Minatom über die Lieferung von hochangereichertem Uran unterrichtet worden, und wie werden die außenpolitischen Folgen dieses Geschäfts eingeschätzt?

*) siehe hierzu Frage 11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

47. Abgeordneter **Benno Zierer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Einfluß auf die Länder dahin gehend zu nehmen, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Rundfunkgebühr um monatlich 4,45 DM nicht zustande kommt, angesichts des Potentials für Kostenreduzierung im Programmaufwand, im Personalaufwand, bei den übrigen betrieblichen Aufwendungen und vor allem auch durch kostensparende Kooperationen, wie z. B. Anstaltsfusionen, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Idee einer anstaltsbezogenen Gebühr statt der bisherigen Einheitsgebühr?

48. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Trifft es zu, daß das iranische Ministerium für Information und Sicherheit nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz direkt in den Mordanschlag auf Kurdenführer am 17. September 1992 in Berlin verwickelt ist?

49. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit wann verfügt die Bundesregierung über die am 11. Januar 1995 auch dem Berliner Kammergericht vorgelegte Erkenntnis des Bundesamtes für Verfassungsschutz, daß die iranische Staatsregierung am „Mykonos"-Attentat auf iranische Oppositionspolitiker durch einen V-Mann sowie ein in Berlin noch zur Tatzeit anwesendes Geheimdienstteam direkt beteiligt war?

50. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann hat die Bundesregierung die Parlamentarische Kontrollkommission des Deutschen Bundestages (PKK) über den „Vorgang von besonderer Bedeutung" im Sinne des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes unterrichtet, daß nach den am 11. Januar 1995 auch dem Berliner Kammergericht vorgelegten Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz die iranische Staatsregierung am „Mykonos"-Attentat auf iranische Oppositionspolitiker durch ein im Berlin anwesendes Geheimdienstteam direkt beteiligt war?

51. Abgeordneter **Johannes Singer** (SPD)

Was hat die Bundesregierung in der Zwischenzeit unternommen, ggf. mit den Ländern oder in Zusammenarbeit mit Universitäten einen Lehrstuhl für Suchtforschung und Suchtprävention einzurichten?

52. Abgeordneter **Johannes Singer** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß namhafte Wissenschaftler entweder Konzepte zur Begegnung der Suchtproblematik bereits vorgelegt haben (Professor Hurrelmann von der Universität Bielefeld) oder jedenfalls hierzu bereit sind (Professor Reuband von der Universität Dresden), und wann wird die Bundesregierung diese Konzepte wie angekündigt unterstützen?

Bonn, den 26. Januar 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 382084 0, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333